

204

205

Geschäft geht über Moral

Der **Koalitionsvertrag** ist eindeutig: keine **Waffenausfuhren** an Länder, die am Jemen-Krieg beteiligt sind. Doch die Bundesregierung hält sich nicht an ihre Versprechen. Anscheinend überwiegen die wirtschaftlichen Interessen. **Saudi-Arabien** ist in diesem Jahr Hauptabnehmer deutscher Rüstungsgüter.

VON ANDREAS KAISER

Viel klarer kann eine Formulierung kaum sein: „Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind“, heißt es in dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, CDU und CSU, den die Spitzen der drei Regierungsparteien am 12. März 2018 feierlich unterzeichnet haben. Doch nur zehn Tage später sollte die im Koalitionsvertrag – immerhin an sieben verschiedenen Stellen – breit angekündigte „restriktivere Rüstungsexportpolitik“ kaum mehr als Schall und Rauch sein. Im Wirtschaftsausschuss teilte Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) dem verduzteten Parlament mit, dass die Regierung die Lieferung von acht Pa-



Ein Patrouillenboot für Saudi-Arabien wird verladen. Gebaut wurde es im vorpommerschen Wolgast. | Foto: pa

INTERVIEW

„Einer muss anfangen, bei Waffenexporten auszusteigen“

Prälat **Karl Jüsten**, der Leiter des katholischen Büros in Berlin, kritisiert, die Bundesregierung verschärfe durch ihre Rüstungspolitik mittelfristig **Fluchtursachen**. Er fordert ein Umdenken.

„Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt.“ Stimmen Sie dem alten Slogan der politischen Linken zu?

Deutsche Waffen tauchen leider in vielen Konflikten weltweit auf. So tragen Waffenexporte aus Deutschland zu der humanitären Katastrophe im Jemen bei. Saudische Patrouillenboote, die in Deutschland gefertigt wurden, haben Seehäfen blockiert. Deswegen mussten zivile Hilfslieferungen an den Jemen gestoppt werden. Auch bei den saudischen Luftangriffen, die häufig zivile Einrichtungen treffen, wird Rüstungstechnologie aus Deutschland eingesetzt. Der Krieg im Jemen, in dem das humanitäre Völkerrecht mit Füßen getreten wird, wird mit deutschen Waffen geführt. Ursachen von Flucht und Vertreibung werden hier von der Bundesregierung nicht bekämpft, sondern mittelbar verschärft.

Die Produktion von Waffen und anderen

Rüstungsgütern sichert Arbeitsplätze. Wenn Deutschland nicht liefert, liefert ein anderer. Ist nicht jedes Aufhehnen gegen Waffenausfuhren unsinnig?

Dieses fadenscheinige Argument hebt jede moralische und ethische Ordnung aus. Mit solch einem Argument, wenn wir es nicht machen, machen es andere, landen wir letztlich im sozial-darwinistischen Kampf aller gegen alle, und nur die Stärksten überleben. Anders formuliert: Einer muss anfangen auszusteigen, das erleben wir bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerflucht. Eine größere Hebelwirkung kann eine restriktive deutsche Rüstungsexportpraxis aber natürlich erst dann entfalten, wenn andere mitmachen und sich die Bundesregierung flankierend auf europäischer Ebene für eine konsequent restriktive Rüstungsexportpraxis und -politik einsetzt.

Trotzdem spielen wirtschaftliche Belange bei ethischen Waffenausfuhren eine Rolle.

Beschäftigungspolitische Gründe dürften aber bei dem Export von Kriegswaffen in Drittstaaten, also Länder, die nicht zur EU oder zur Nato gehören, keine ausschlaggebende Rolle spielen. Das steht in den tatsächlichen Grundsätzen, die sich die Bundesregierung ja selbst auferlegt hat. Genau deswegen haben wir die Bundesregierung in der Vergangenheit wieder und wieder aufgefordert, die Begründungen für die Genehmigungen darzulegen und sie dem Parlament und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. 2016 gingen von den tatsächlichen Ausfuhren von Kriegswaffen sogar über 90 Prozent in sogenannte Drittstaaten.

Wie viel Realpolitik darf Deutschland sich bei Waffenexporten überhaupt leisten?

Was heißt hier Realpolitik? Die ethische Position will verbindliche Maßstäbe für wirtschaftliches und politisches Handeln benennen, und eine ethische Urteilsbildung hat deren Realisierbarkeit in konkreten Fällen und angesichts von Zivilkonflikten zu prüfen. Nach meiner Auffassung ist es leider sehr real, dass die Bundesregierung mit ihrer widersprüchlichen Rüstungsexportpolitik mittel- und langfristigen außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands schadet und die friedenspolitische Glaubwürdigkeit untergräbt.

Was sagen Sie dazu, dass ausgerechnet unter der Federführung einer sich christlich nennenden Partei Waffenausfuhren in Krisenregionen – wie Saudi-Arabien, Algerien, Ägypten – auf immer neue Rekorde angewachsen?

Den Widerspruch zwischen durchaus re-

striktiven Vorgaben für die Rüstungsexporte und der laxen, fast großzügigen Genehmigungspraxis haben wir leider in der Vergangenheit unter wechselnden Koalitionen, auch unter Rot/Grün, gesehen und kritisiert. Die fehlende inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser Form von bad governance innerhalb der CDU/CSU-Fraktion und der fehlende Protest dagegen ist nach meiner Einschätzung ein schweres Versäumnis und gereicht den C-Parteien nicht zu Ehre.

Die Bundesrepublik hat jahrelang die Kurden beim Kampf gegen den IS unterstützt. Nun überrollen deutsche Leopard-Panzer kurdische Dörfer. Das wirkt nicht sonderlich stringent. Wie beurteilen Sie die Lage?

Die Kurden, die den IS in Syrien bekämpfen, sind andere Gruppen als die Peschmerga, die im Nordirak nach der Vertreibung und Ermordung von Jesiden mit Waffen aus Deutschland unterstützt wurden. Die

Risiken der Waffenlieferungen, die 2014 in den Nordirak mit durchaus nachvollziehbaren Argumenten genehmigt wurden, haben sich leider inzwischen bestätigt. Die Peshmerga sind in verschiedene Konflikte in der Region verwickelt. Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung hatte auf solche Risiken hingewiesen. Waffen sind langlebige Güter, bei deren Exportgenehmigung unerwünschte Nebenwirkungen – etwa die unkontrollierte Weitergabe oder Verbreitung an andere Milizen – auch immer mitbedacht werden müssen. Zu den Lieferungen der Leopard-Panzer an die Türkei, die jetzt bei der Invasion in Nordsyrien gegen die Kurden eingesetzt werden, haben wir bereits in der Vergangenheit eindeutig Stellung genommen: keine



Karl Jüsten

Rüstungsexporte an die Türkei. Bereits erteilte Ausfuhrgenehmigungen sollten widerrufen werden.

Im Koalitionsvertrag verpflichtet sich die neue Bundesregierung zu einer restriktiveren Rüstungsexportpolitik. Haben Sie Hoffnung, dass sich etwas ändert?

Das Problem waren in der Vergangenheit nie die Richtlinien beziehungsweise die guten Vorschläge, sondern die konkreten Präzis. Prinzipiell aber begrüßen wir, dass die neue Bundesregierung die Rüstungsexporte für Drittländer einschränken will. Die Kluft zwischen Anspruch und Realität muss endlich geschlossen werden.

Interview: Andreas Kaiser



Der Kampfpanzer „Leopard 2 A6“, hier während einer Bundeswehrübung | Foto: pa

Gefertigt werden die acht Boote auf der Lürssen-Werft im vorpommerschen Wolgast. Rund 300 Arbeitsplätze sollen dort an dem Auftrag hängen. Bereits vor dem Patrouillenbootdeal hatte die damals allerdings noch geschäftsführende Bundesregierung Einzelfreisuhrgenehmigungen im Wert von 161,8 Millionen Euro an die Saudis erteilt. Saudi-Arabien avancierte damit – im ersten Quartal 2018 – sogar zum Hauptabnehmer von deutschen Rüstungsgenehmigungen.

Türkische Armee setzt deutsche Panzer gegen Kurden ein

Das Beispiel Saudi-Arabien zeigt, wie weit in der deutschen Außen- und Rüstungspolitik „Anspruch und Realität schon lange auseinanderklaffen“, sagt Katja Keul von den Grünen. Sie glaubt daher auch nicht, dass die aktuelle Regierung ihren Worten im Koalitionsvertrag zukünftig Taten folgen lässt. Neben Lieferungen an Drittländer stößt sich die Verteidigungsexpertin auch an Waffenlieferungen an die Türkei. So wurde Anfang des Jahres bekannt, dass die türkische Armee bei ihren „völkerrechtswidrigen Interventionen“ gegen Kurden in Nordsyrien auch deutsche Leopard-Panzer eingesetzt hatte.

Seit Jahren bemängelt auch die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) unter Vorsitz des Katholiken Jüsten und seines evangelischen Pendant

Martin Dutzmann, die Diskrepanz zwischen den „politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“, die sich die Bundesregierung selbst gegeben hat, und der tatsächlichen Genehmigungspraxis. Doch gebracht hat die alljährliche, öffentliche Kritik beider großer Kirchen sowie sämtlicher Oppositionsparteien bisher kaum etwas.

Zuletzt soll sich die Ausfuhr von Kleinwaffen, darunter auch Maschinenpistolen, Sturmgewehre, Panzerabwehraketen – trotz gegenteiliger Ankündigungen von Ex-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) – um eine Million Euro auf einen Gesamtwert von 47,8 Millionen wieder erhöht haben. Auch instabile Regionen wie Indien, Indonesien, Oman und Malaysia werden beliefert. Die Exporte von Munition haben sich nach Darstellung des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit von 2015 auf 2016 sogar verzehnfacht.

Zwar machen Kleinwaffen, etwa die Sturmgewehre des deutschen Anbieters Heckler und Koch, nur einen Bruchteil des gesamten Rüstungsmarkts aus. Doch kommen weltweit doppelt so viele Menschen „durch Gewehrkgeln ums Leben wie durch alle anderen Waffenar-

ten – Panzer, Kriegsschiffe oder Militärflugzeuge – zusammen“, sagt Jürgen Grässlin von der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“, die zum Teil eng mit beiden großen Kirchen zusammenarbeitet. Zudem werden „Kleinwaffen auch in Diktaturen zur Unterdrückung der Opposition eingesetzt“, wusste auch Gabriel.

» Anspruch und Realität klaffen auseinander. «

KATJA KEUL, GRÜNEN-POLITIKERIN

Obwohl die deutschen Rüstungsausfuhren unter seiner Zuständigkeit insgesamt leicht rückläufig waren, sind die bei Friedensaktivisten besonders umstrittenen Einzelgenehmigungen an sogenannte Drittländer, also Länder, die nicht in der Nato oder der EU sind, im vergangenen Jahr angestiegen: von 3,67 Milliarden auf 3,79 Milliarden. Hauptabnehmer waren Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas. Zu den zehn größten Waffenkunden zählen laut GKKE mindestens fünf Länder, die in Spannungsgeländen liegen, in denen mitunter Bürger-

kriege drohen und die es mit der Einhaltung von Menschenrechten alles andere als genau nehmen. An der Spitze dieser Länder lag 2017 mit einem Auftragsvolumen von 1,36 Milliarden Euro Algerien, gefolgt von Ägypten mit 708 Millionen Euro. Hier stieg das Handelsvolumen um satte 77 Prozent. Auch bei Lieferungen in die Vereinigten Arabischen Emirate, das ebenfalls am Jemen-Krieg beteiligt ist, gab es einen Zuwachs um 25 Prozent.

Laut geltenden Regeln aber sind Waffentransfers in Drittländer lediglich „in Ausnahmefällen“ erlaubt. Da diese Richtlinien jedoch keine bindende Wirkung haben und immer wieder großzügig umgangen werden, fordern Opposition und Bischöfe jetzt ein Rüstungsexportkontrollgesetz. Damit könnten nach Vorstellung Jüstens endlich „die Kriterien, die in den politischen Grundsätzen und im gemeinsamen Standpunkt der EU niedergelegt sind, in deutsches Recht übertragen werden und eine höhere rechtliche Bindewirkung erhalten“.

Auch die Transparenz von Rüstungsexporten, über die bisher nur hinter verschlossenen Türen im Bundessicherheitsrat abgestimmt wird, würde sich erhöhen. Zudem wären damit zukünftig Klagen gegen einzelne Wafengeschäfte möglich. „Weder die Genehmigungsbehörden noch die Rüstungsexportureure werden

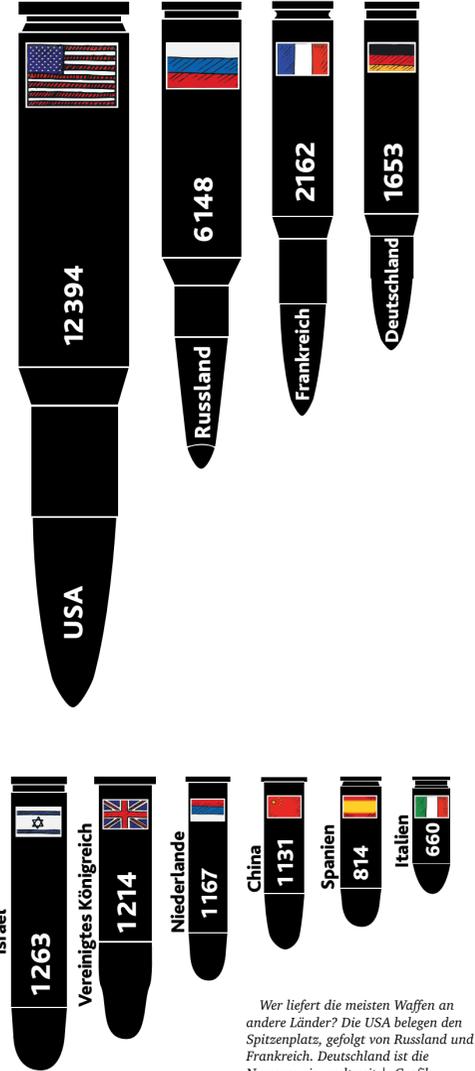
gerne unter den Augen der Öffentlichkeit zweifelhafte Praktiken verteidigen. Schon die Möglichkeit der Klage könnte also zu einer sorgfältigeren und restriktiveren Anwendung von Genehmigungsvorschriften führen“, hofft Jüsten. Ein solches Gesetz würde mehr bringen als jede vollmundige Ankündigung einer Regierung, bestätigt Politikerin Keul.

Union lehnt neues Gesetz für mehr Transparenz ab

Während Teile der SPD einem solchen Gesetz offen gegenüberstehen, lehnt die Union nach Worten ihres Rüstungsexperten Klaus-Peter Willsch ein solches Vorhaben strikt ab. Wie kaum ein anderer Christdemokrat verteidigt Willsch offen die deutsche Rüstungsexportpolitik. Motto: Wenn wir es nicht machen, liefert jemand anderes. „Wir fahren ja schon jetzt einen sehr restriktiven Kurs, andere Länder sind da wesentlichlässiger“, sagte Willsch jüngst auf einer Veranstaltung der GKKE in Berlin.

Da sich die deutsche Rüstungsexportpolitik oft eher an wirtschaftlichen Interessen und weniger an außen- oder sicherheitspolitischen Überlegungen orientiert, fordern Oppositionspolitiker schon länger, die Zuständigkeit für Rüstungsexporte vom Wirtschaftsministerium ins auswärtige Amt zu verlagern. Doch auch hier mauert die Union.

TOP TEN DER RÜSTUNGSEXPORTEURE WELTWEIT 2017 [Werte in Mio. US-Dollar]



Wer liefert die meisten Waffen an andere Länder? Die USA belegen den Spitzenplatz, gefolgt von Russland und Frankreich. Deutschland ist die Nummer vier weltweit. | Grafik: istockphoto; Montage: Gabriele von Hebel; Quelle der Daten: sipri.org